

Presseinformation

Migrationsbeirat
Frau Heidl (Geschäftsstelle)
Rathaus, E5
68159 Mannheim
Tel. 0621 293 3090
Fax 0621 293 473090
migrationsbeirat@mannheim.de

12.12.2022

Etatberatungen: Migrationsbeirat setzt Fokus auf Bereiche mit besonderer integrationspolitischer Bedeutung

Zum zweiten Mal nutzt der Migrationsbeirat sein Rede- und Antragsrecht auch in den Etatberatungen des Gemeinderates und kommt damit seiner Aufgabe nach, Politik und Verwaltung in migrations- und integrationsrelevanten Belangen zu beraten:

„Selbstverständlich ist auch uns bewusst, dass der kommende Haushalt erneut besonderen Bedingungen unterliegt und daher eine Fokussierung erforderlich ist“ betont **Zahra Alibabanezhad Salem**, die Vorsitzende des Gremiums. *„Wir werden deshalb keine Investitionen in neue Projekte oder Vorhaben anregen, sondern uns dafür einsetzen, bestehende Bereiche zu sichern und zu optimieren, die aus unserer Sicht von besonderer integrationspolitischer Bedeutung für Mannheim sind.“*

Hierzu werden am 13. Dezember drei Anträge in die Etatberatungen eingebracht:

Fortführung des Integrationsprojektes ANIMA „Ankommen in Mannheim!“ für Neuzuwander*innen aus Südosteuropa: Wegen fehlender Fördermittel droht diesem erfolgreichen und für die Stadt immens wichtigen Projekt 2023 das Aus. Der Migrationsbeirat beantragt daher für 2023 die Übernahme der Gesamtkosten durch die Stadt sowie perspektivisch eine drittmittelunabhängige Förderung des Projektes.

Personelle Aufstockung der Ausländerbehörde: Eine Einbürgerung eröffnet Chancen auf mehr gesellschaftliche Teilhabe und stärkt die Demokratie in unserer Gesellschaft. Die

aktuelle Wartezeit beträgt in Mannheim jedoch schon jetzt fast ein Jahr. Ohne zusätzliches Personal wird der zu erwartende Anstieg an Einbürgerungsanträgen ab 2023 nicht zu bewältigen sein. Es besteht dringend Handlungsbedarf, um einen Antragsstau zu verhindern und das vorhandene Einbürgerungspotenzial nicht zu gefährden.

Existenzsicherung des Interkulturellen Haus Mannheim e. V.: Die Stadt selbst bezeichnet den Verein in einer Verwaltungsvorlage als integrationspolitischen Meilenstein. Seine Trägerstruktur basiert ausschließlich auf Migrant*innenselbstorganisationen, die ein interkulturelles Bildungs-, Kultur- und Begegnungszentrum aufgebaut und sich zuletzt besonders für geflüchtete Familien aus der Ukraine engagiert haben. Eine Erhöhung der Miet- und Nebenkosten durch die MWSP bedroht jedoch seine Existenz.

Bei den Etatberatungen ist der Migrationsbeirat auf Unterstützung aus der Politik angewiesen, da er selbst kein Stimmrecht hat. *„Wir standen in den letzten Wochen in einem konstruktiven Austausch und hoffen, dass wir mit unseren Anliegen überzeugen konnten“*, so **Erich Schimmel**, der gemeinsam mit seiner Vorstandskollegin **Alibabanezhad Salem** die Etatberatungen vor Ort mitverfolgen wird.

Einen Überblick über die weiteren Schwerpunkte, die aus Sicht des Migrationsbeirates im kommenden Jahr in Mannheim integrationspolitisch relevant sind, bietet dessen „Etatrede“, die zwar nicht im Gemeinderat verlesen wurde, aber unter www.mannheim.de/migrationsbeirat/aktuelles abrufbar ist. Im Mittelpunkt steht hier neben den drei genannten Anträgen die Förderung von Teilhabechancen und Bildungsgerechtigkeit, wie z. B. die Verstetigung des Café Czernowitz für geflüchtete Menschen im Stadthaus, die Schaffung eines ausreichenden Kinderbetreuungsangebotes, die Förderung von Projekten in verschiedenen Bereichen der Antidiskriminierungsarbeit und das Kommunale Wahlrecht für Alle, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Der Migrationsbeirat der Stadt Mannheim ist seit dem Jahr 2000 das offizielle Vertretungsorgan der Mannheimer*innen mit Migrationsbiografie gegenüber dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung. Nähere Informationen zu den Aufgaben und Mitgliedern des Gremiums sind zu finden unter www.mannheim.de/migrationsbeirat.

Anlagen: „Etatrede“ des Migrationsbeirates (November 2022)

Etatanträge „Fortführung des Integrationsprojekts ANIMA ‚Ankommen in Mannheim!‘“, „Personelle Aufstockung der Abteilung Einbürgerungen“ und „Sicherstellung der Existenz des Interkulturellen Haus Mannheim e. V.“